

Heiko Pääbo

Politik an der Grenze der neuen West-Ost-Konfrontation

Der Konflikt in der Ukraine hat in Estland und Lettland zu drei sichtbaren Veränderungen geführt: Erstens verstärken die Regierungen ihre Bemühungen um eine Integration der russischsprachigen Bevölkerung. Zweitens wurde die Parteilandschaft im Wahljahr deutlich von den Ereignissen beeinflusst. Drittens sind Themen der „harten“ Sicherheitspolitik in den Vordergrund gerückt. – R. Z.

Die Bevölkerungen der baltischen Staaten haben die Eskalation des Konflikts in der Ukraine genau beobachtet. Wenngleich die Ereignisse für das übrige Europa ein großer Schock waren, so verfolgten die baltischen Staaten die politischen Entwicklungen in Russland immer mit weniger naiven Hoffnungen und Optimismus. Insbesondere nach dem russisch-georgischen Krieg von 2008 war im politischen Diskurs explizite Besorgnis spürbar. Zusammen mit ihren polnischen Kollegen (s. RGOW 10/2014, S. 19–21) lenkten die Regierungen der drei baltischen Staaten die Aufmerksamkeit der europäischen politischen Elite aktiv auf diesen Konflikt, doch leider wurden diese Warnungen oft als Überreaktionen aus „Russophobie“ bewertet und in den Wind geschlagen. „Russophobie“ ist ein meisterhaft konzipierter Begriff für jede Kritik an Russland, den der Kreml und seine Propagandamaschinerie gerne verwenden.

Die EU pflegte die Beziehungen zu Russland nach 2008 weiter wie bisher. Die baltische politische Elite hingegen hat ihre Lektion aus dem russisch-georgischen Konflikt gelernt – weitere russische Aggressionen wurden nicht mehr als Frage des „ob“, sondern des „wann“ und „wo“ betrachtet. Das ist auch der Grund dafür, weshalb die Berichterstattung über die „ukrainische Krise“ in den baltischen Staaten nicht von „Bürgerkrieg“ oder „russisch-ukrainischer Krise“ spricht, sondern von „russischer imperialistischer Aggression“ und von „Russland, das den Westen herausfordert“. Seit der Annektierung der Krim wird die Gesellschaft in den baltischen Staaten durch den politischen Diskurs darauf vorbereitet, im Grenzgebiet einer neuen West-Ost-Konfrontation zu leben. Auch wenn sich die allgemeine gesellschaftliche Befindlichkeit in den drei baltischen Staaten gleicht, konzentriert sich die folgende Analyse auf drei wesentliche Veränderungen in Estland und Lettland, weil diese Länder sehr ähnliche soziokulturelle Strukturen aufweisen.

Umwerbung der russischsprachigen Bevölkerung

Estland und Lettland sind aufgrund ihrer ethnischen Zusammensetzung und der fragilen Integration der Gesellschaft besonders verletzlich. Beide verfügen über einen bedeutenden russischsprachigen Bevölkerungsanteil: Estland knapp über 30 Prozent, Lettland unter 40 Prozent. Die russische Strategie in Bezug auf Russen im Ausland betrachtet diese als eine homogene Gruppe, die sie für ihre außenpolitischen Zwecke verwenden kann.¹ Eines der Hauptanliegen der Regierungen in Estland und Lettland ist es daher, angemessen auf die verstärkten russischen Bemühungen um die Loyalität der Russischsprachigen in den baltischen Staaten zu reagieren. Insbesondere geht es um den anhaltenden Informationskrieg und die massive Desinformation, die von russischen Fernsehkanälen verbreitet wird – denn über diese informiert sich die russophone Bevölkerung in Estland und Lettland hauptsächlich.

Es gibt gewisse Ähnlichkeiten und Unterschiede im estnischen und lettischen Umgang mit diesem Problem. Während die lettische Regierung einen russischen Fernsehkanal vorübergehend in der Hoffnung sperrte, die Desinformation in Lettland zu verringern, entschied sich die estnische Regierung gegen diese Maßnahme, weil sie ihr angesichts der zeitgenössischen technischen Möglichkeiten nicht effizient erschien. Es herrscht ein öffentlicher Konsens darüber, dass ein Verbot eines Fernsehkanals einer liberalen Demokratie nicht angemessen und eher kontraproduktiv ist, weil es der russischen Propagandamaschine zusätzliche Argumente liefert. Ein alternatives Informationsangebot in russischer Sprache scheint daher vielen der bessere Umgang mit dem Problem zu sein.

Im Frühling 2014 schlug die lettische Regierung den estnischen und litauischen Regierungen vor, einen russischen Fernsehkanal für das ganze Baltikum einzurichten. Diese Idee wurde positiv aufgenommen, jedoch nicht realisiert. Stattdessen entschieden sich die Regierungen, russischsprachige Fernsehkanäle im Rahmen des nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu etablieren. Im November beschloss die estnische Regierung, die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erhöhen, um den neuen Kanal im September 2015 einführen zu können. Diese Idee ist beileibe nicht neu, denn bereits nach der Krise um das Denkmal des Bronzenen Soldaten von 2007 (s. RGOW 9/2013, S. 4–5) setzte man sich das Ziel, einen russischsprachigen Fernsehkanal in Estland zu etablieren, doch blieb es bei einem halbbackenen Produkt: Das Angebot bestand aus einem Programm-Mix in estnischer und russischer Sprache oder aus estnischen Programmen mit russischen Untertiteln, wobei die Anzahl russischer Programme ständig abnahm. Deshalb hält der aktuelle Beschluss fest, dass der neue Kanal ausschließlich auf Russisch senden soll.

In Lettland wurde kein entsprechender Beschluss gefällt, doch bemüht man sich um die Anwerbung von Personal, das von den russischen Medien ausgeschlossen wurde. So haben in Russland entlassene Journalisten (der Online-Zeitung *lenta.ru*) in Lettland im Oktober 2014 eine neue Medienorganisation gegründet (*meduza.io*). Zusätzlich hat die lettische Regierung entschieden, die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks zu erhöhen, damit mehr Programme auf Russisch produziert werden können.

Derweil bereitet sich der russische internationale Propaganda-Medienkanal *Sputnik* darauf vor, eigene Informationskanäle in Lokalsprachen anzubieten, auch in den baltischen Staaten. Wie Finnland hat Estland angekündigt, dass für einen solchen Radiokanal keine Radiofrequenz zur Verfügung stehe; als Internetradio ist *Sputnik* allerdings verfügbar. Diese Schritte zeigen, dass Russland sich nicht nur an die russischsprachige Bevölkerung wendet, sondern auch diejenigen Bevölkerungsgruppen

ansprechen will, die sich außerhalb des russischen Informationsraums befinden. Diese Maßnahme wurde in Estland sofort als feindseliger Akt seitens Russlands zur Steigerung seiner propagandistischen Aktivitäten gewertet. Obwohl die große Mehrheit der estnischsprachigen Öffentlichkeit die russischen Aktionen in der Ukraine nicht gutheißt, und obwohl allgemein mehr Verständnis für die ukrainische als für die russische Sache aufgebracht wird, besteht durchaus die Bedrohung, dass der *Sputnik*-Kanal Themen anspricht, für die eine konservative Hörerschaft empfänglich sein könnte.² Dennoch hat die diesbezügliche Diskussion in den estnischen Medien gezeigt, dass es schwierig ist, hoch qualifizierte Journalisten zu finden, die für diesen Kanal arbeiten möchten.

Im öffentlichen Diskurs fällt auf, dass er eine interne ethnische Konfrontation im Sinne von „wir gegen sie“ vermeidet. Nicht die lokale russischsprachige Bevölkerung wird als Bedrohung wahrgenommen, sondern die Strategien des Kremls, der diese Menschen auszunutzen versucht. Deshalb gilt die Hauptsorge nicht den lokalen Russen als „fünfte Kolonne“ (dieses diskursive Element ist eher in der inländischen russischen Rhetorik über oppositionelle Kräfte in Russland üblich), sondern der Frage, wie man „unsere Russischsprachigen“ vor dem gefährlichen Einfluss aus Russland beschützen kann.

Veränderungen der politischen Landschaft

Die russische Aggression in der Ukraine hat die politische Landschaft in den baltischen Staaten nicht drastisch, aber sichtbar verändert. In Estland gibt es keine gewichtige politische Partei, die die russischsprachige Bevölkerung explizit vertritt. Deren Mehrheit stimmt hauptsächlich für eine populistische Partei, die unter einer starken Ein-Mann-Führung steht, für die *Zentrumspartei*. Diese Partei basiert nicht auf der ethnischen Teilung der estnischen Gesellschaft, sondern versteht sich eher als Partei der „Transitionsverlierer“. Es geht ihr um größere Gleichheit in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht, stärkeren Einfluss in der Regierung und eine gerechtere regionale Entwicklung. Das spricht nicht nur die russischsprachige Bevölkerung an, sondern auch viele Rentner, die Landbevölkerung und Menschen mit geringem Einkommen. Außenpolitisch strebt die Partei gute Beziehungen sowohl zu Russland als auch zum Westen an; mit Putins Partei *Einiges Russland* hat sie ein Kooperationsabkommen abgeschlossen.

In Lettland sind die Russischsprachigen politisch besser organisiert und haben sich um eine politische Partei formiert, die sich heute als sozialdemokratische Partei *Harmonie* bezeichnet. Diese Partei gleicht der estnischen *Zentrumspartei* hinsichtlich ihrer Ideologie, ihrer Position zu Russland und sogar in Bezug auf das Kooperationsabkommen mit *Einiges Russland*. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die lettische *Harmonie*-Partei über eine russischsprachige Leitung verfügt, während die *Zentrumspartei* vor allem estnisch geprägt ist.

2014 wurde in beiden Ländern gewählt: In Estland fanden Wahlen für das EU-Parlament sowie die Vorbereitungen für die nationalen Parlamentswahlen im März 2015 statt. In Lettland fanden beide Wahlanlässe 2014 statt, so dass die Ereignisse in der Ukraine im heimischen Wahlkampf sowohl explizit als auch implizit größeres Gewicht erhielten.

Am Anfang der Krise entschied sich in Estland der Vorsitzende der *Zentrumspartei* für eine oppositionelle Position und machte Aussagen im Sinne der Moskauer Rhetorik. Darauf reagierte die estnische Öffentlichkeit negativ, worauf er eine vage Position



Veranstaltung in Tallinn zur Unterstützung der Ukraine am 14. März 2014 in russischer, estnischer und ukrainischer Sprache.

Foto: <http://vkop.eu>

einnahm, ohne das bisher Gesagte zurückzunehmen – gleichzeitig unterstrich er, dass sich seine Position von der Kreml-Rhetorik unterscheidet. Man ging im April 2014 allgemein davon aus, dass diese kontroversen Aussagen die Unterstützung für die Partei enorm verringerten. Die Wahlen zum EU-Parlament im Mai zeigten zwar, dass die *Zentrumspartei* wieder aufholen konnte, doch waren die russischsprachigen Wähler loyaler als die estnischen.³ Nach den Wahlen kursierten sogar Gerüchte, dass sich die Partei auf Grundlage der ethnischen Teilung spalten würde. Doch obwohl einige Mitglieder die Partei verließen, konnte die *Zentrumspartei* ihre Einheit wahren.

In Lettland haben die Ereignisse in der Ukraine zu einer stärkeren Spaltung der russischsprachigen politischen Kräfte geführt: Die sozialdemokratische Partei *Harmonie*, die früher mit dem Vorgänger der *Lettischen Russischen Union* verbündet war, hatte sich bereits 2004 von dieser Partei abgespalten. Die *Lettische Russische Union* unterstützte explizit die Annexion der Krim und Putins Vorgehen in der Ukraine. Die *Harmonie*-Partei verhielt sich gegenüber der russischen Aggression ambivalent – sie verurteilte diese nicht klar, anerkannte sie aber auch nicht. Trotzdem haben die Wahlen zum EU-Parlament gezeigt, dass die Stimmbürger eher die moderate und unklare Linie der *Harmonie*-Partei unterstützen als diejenige der *Lettischen Russischen Union*. Auch die Wahlen auf nationaler Ebene haben gezeigt, dass die Unterstützung Putins keinen Erfolg zeitigt.⁴ Die *Harmonie*-Partei wollte die Parlamentswahlen mit einem klaren ideologischen Konzept in Angriff nehmen und den ethnischen Faktor eher herunterspielen. Angesichts der sozialen Ungleichheit in Lettland war dies sicherlich eine gute Strategie jenseits der ethnischen Spaltung. Doch die nicht explizite Verurteilung der russischen Aggression in der Ukraine und eine alternative neue linke Partei, die von Letten geführt wird, machte diese Strategie zunichte, so dass die *Harmonie*-Partei als eine Hauptverliererin der Wahlen gelten muss, trotz ihres insgesamt eher knappen Wahlsiegs.⁵ Interessant ist ebenfalls, dass die russische Aggression eher ein implizites Wahlthema, doch dominant genug war, um alle anderen wichtigen Themen in den Wahldebatten zu überschatten.

Die bevorstehenden Parlamentswahlen in Estland versprechen auch einige Veränderungen, obwohl die estnische Parteienlandschaft viel stabiler ist als diejenige Lettlands. Deshalb ist es kaum wahrscheinlich, dass eine neue Partei in das Parlament einziehen wird. Trotzdem kann bei den Wahlvorbereitungen eine neue Tendenz beobachtet werden: Die Parteien versuchen

neue, bekannte Persönlichkeiten für ihre Partei oder Parteiliste zu gewinnen. Das ist zwar eine übliche Praxis, doch 2014 haben viele Menschen russischer Herkunft, die sich erfolgreich in die estnische Gesellschaft integriert und öffentliche Anerkennung errungen haben, entschlossen, verschiedenen estnischen politischen Parteien beizutreten.⁶

Unter lettischen Russischsprachigen entstanden auch einige Basisinitiativen zur Stärkung ihrer lokalen Identität, und um den Kreml-Diskurs vom „Recht, Russen im Ausland zu beschützen“ zurückzuweisen.⁷ Das sind allerdings eher erste Schritte mit hoffentlich wachsender Tendenz, den besser integrierten Teil der estnischen russischsprachigen Gemeinschaft sozial und politisch zu mobilisieren, um sich aktiver an der estnischen Gesellschaft zu beteiligen und dabei eine Brückenfunktion zur Integration der anderen Teile dieser Gemeinschaft zu übernehmen. Insofern könnte die aggressive Strategie Russlands einen eher kontraproduktiven Effekt haben.

Themen der „harten“ Sicherheit

Noch nie hat die Öffentlichkeit so häufig und intensiv über die Ukraine gesprochen wie im letzten Jahr. Die Aufmerksamkeit nahm bereits Ende 2013 zu, als der ukrainische Präsident Janukowytsch versuchte, entweder mit der EU oder mit Russland einen besseren Vertrag auszuhandeln. Fortan berichteten die Nachrichtenprogramme ständig über die Ereignisse im Zusammenhang mit dem ukrainischen Majdan. Nichtsdestotrotz bestimmten vor allem die ersten aggressiven Schritte seitens Russlands die Tagesordnung. Der öffentliche Diskurs überbordete mit Sicherheitsdebatten und fokussierte vor allem auf die militärische Dimension. Noch nie wurde soviel, nämlich fast täglich, über Militär und Verteidigung berichtet wie im letzten Jahr. Einerseits ist dies aufgrund der sich verändernden Sicherheitsstruktur verständlich, denn es geht um sicherheitspolitische Befürchtungen der baltischen Staaten und um angemessene Entscheidungen der NATO. Diese hat ihre militärische Sichtbarkeit in beiden Ländern erhöht, um das Sicherheitsgefühl zu stärken. Andererseits sollte der Verteidigungswille der Nation gestärkt werden. In Estland hat die Anzahl Freiwilliger, die 2014 dem Estnischen Verteidigungsbund beitraten, um das Dreifache zugenommen. Zudem ist der Verteidigungsbund sichtbarer geworden, weil er an mehreren Militärübungen teilnahm.

Zusätzlich diente die russische Aggression auch als Katalysator für mehrere verschobene oder missachtete Verteidigungsthemen. Lettland hat angekündigt, seine Verteidigungsreform von 2006 zu überarbeiten, die eine Berufsmarine etabliert hatte. Im Frühling 2014 konstatierte der lettische Verteidigungsminister, dass Lettland die allgemeine Verteidigungspflicht wieder einführen sollte. Zudem hat sich Lettland verpflichtet, das Verteidigungsbudget bis 2020 auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, wie es von allen NATO-Mitgliedern erwartet wird.

In Estland stehen diese beiden Themen nicht zur Diskussion, weil sie bereits Tatsache sind. Es besteht ein klarer Konsens unter allen Parteien, dass ein stabiles Verteidigungsbudget vorhanden und eher erhöht als gesenkt werden sollte. Die Entführung eines estnischen Geheimdienstoffiziers an der estnisch-russischen Grenze hat Arbeiten an der Demarkationslinie der estnisch-russischen Kontrolllinie ausgelöst, wie auch eine Debatte über die Remilitarisierung der estnischen Grenztruppe. Einige pensionierte Generäle stellen sich für die Wahlen zur Verfügung, um ihre militärische Expertise zur Entwicklung der Verteidigungspolitik einzubringen. Somit sind Fragen der harten Sicherheitspolitik ständiger Bestandteil des politischen Tagesgeschäfts und jeder politischen Debatte geworden.

* * *

Die russische Aggression in der Ukraine hat die Bevölkerungen Estlands und Lettlands nicht überrascht. Die Gesellschaften sind alarmiert und ihr Alltag ist von einem unbewussten Bedrohungsgefühl durchzogen. Die Ereignisse haben die Regierungen dazu gezwungen, verschobene Reformen in Angriff zu nehmen, und sie haben einige Alternativen in der politischen Debatte verunmöglicht. Die Gesellschaften sind ängstlicher, gleichzeitig aber auch explizit patriotischer geworden. Sowohl Estland als auch Lettland sind aufgrund ihrer ethnischen Zusammensetzung und aufgrund des fragilen Integrationsprozesses verletzlich, der durch russische Interventionen behindert wird. Nichtsdestotrotz sind in beiden Ländern auch positive Entwicklungen zu verzeichnen, die nicht mit der Erwartung des Kremls übereinstimmen, dass die lokale russischsprachige Bevölkerung bloß ein Instrument zu seinen Diensten ist. Neben der militärischen Verteidigung ist die konstruktive Integration der heterogenen russischsprachigen Gemeinschaft für beide Regierungen ein Kernanliegen geblieben.

Anmerkungen

- 1) Saari, Sinikukka: Russia's Post-Orange Revolution Strategies to Increase its Influence in Former Soviet Republics: Public Diplomacy *po russkii*. In: Europe-Asia Studies 66, 1 (2014), S. 50–66.
- 2) Im Oktober hat das estnische Parlament ein geschlechtsneutrales Partnerschaftsgesetz verabschiedet, das homophobe Gefühle in der Gesellschaft weckte. Obwohl es einigen Journalisten gelang, indirekte Verbindungen zwischen der führenden estnischen homophoben Organisation und Putins Regime aufzuweisen, nahm der konservative Teil der Gesellschaft dieses Gesetz als vom Westen aufgedrängte Dekadenz wahr. Das passt gut zur Kreml-Rhetorik von Russland als Beschützer vor westlichen Lastern.
- 3) Die *Zentrumspartei* erreichte das zweitbeste Resultat, obwohl sie erwartet hatte, die Wahlen zu gewinnen. Interessant war, dass zu den drei bestgewählten Kandidaten zwei ethnische Russen und der Parteiführer gehörten. Beide ethnischen Russen waren bisher vor allem in der russophonen Gemeinschaft aktiv und in den estnischen Medien weniger sichtbar gewesen. Die estnischen Parteimitglieder erhielten alle bedeutend weniger Stimmen. Daraus schließen wir, dass estnische Wähler die *Zentrumspartei* kaum noch unterstützen.
- 4) Die *Harmonie*-Partei hat in den EU-Parlamentswahlen gleichviele Stimmen erhalten, während die *Lettische Russische Union* mehr als 3 % der Stimmen verloren hat. Im Vergleich zu den letzten nationalen Wahlen 2011 gewann die *Lettische Russische Union* weniger als 1 % dazu (vgl. <http://cvk.lv>).
- 5) Obwohl die neue linksgerichtete Partei *Von Herzen für Lettland* nicht dagegen war, mit der *Harmonie*-Partei eine Koalition zu bilden, verlor letztere sieben Parlamentssitze auf Kosten der ersteren. Trotz wachsender Unzufriedenheit über die sozioökonomische Ungleichheit stimmten die Letten für die Rechtskoalition, um die russlandfreundliche Partei von der Regierung fernzuhalten.
- 6) Die russischsprachige Gemeinschaft ist keine homogene Gruppe. Das estnische Integrationsmonitoring von 2011 hat fünf Gruppen entsprechend ihrem Integrationsniveau definiert, vgl. <http://praxis.ee/wp-content/uploads/2014/03/2011-Estonian-integration-monitoring.pdf>.
- 7) Zum Beispiel das Memorandum 14 – <http://petitsioon.ee/memorandum-14>.

Übersetzung aus dem Englischen: Regula Zwahlen.

Heiko Pääbo, PhD, Direktor des Zentrums für Baltische Studien an der Universität Tartu, Estland.